

Resolution zu Olympia 2022

Für nachhaltige Sportveranstaltungen und ein Graubünden ohne Olympische Spiele

Nach einer Vielzahl gescheiterter Kandidaturen in den letzten Jahrzehnten lässt sich die Schweiz erneut auf das Abenteuer der Olympischen Spiele ein: In Graubünden sollen 2022 die Winterspiele durchgeführt werden. Bereits heute ist aber klar, dass diese Veranstaltung nicht nachhaltig sein wird und gravierende Auswirkungen auf Landschaft und Umwelt sowie auf die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung der Austragungsorte, des Kantons Graubünden sowie des Bundes hätte.

Die Grünen begrüßen und unterstützen daher die überparteiliche Bewegung im Kanton Graubünden, die sich für eine nachhaltige Entwicklung des Alpenraums engagiert und sich für die Ablehnung der Kandidatur an der kantonalen Abstimmung vom 3. März 2013 einsetzt. Ausserdem fordern die Grünen, dass gegen einen allfälligen Bundesbeschluss zur Finanzierung der Kandidatur und der Austragung der Spiele das Referendum ergriffen werden kann und damit die Schweizer Bevölkerung das letzte Wort zur Verpflichtung des Bundes von über einer Milliarde Franken hat.

Zerstörung der Umwelt

Die Olympischen Winterspiele 2022 in Graubünden würden massive und irreversible Eingriffe in den sensiblen Alpenraum mit sich bringen. Die Wintersport-Infrastruktur müsste teilweise ausgebaut, hauptsächlich aber für eine Milliarde Franken auf- und wieder abgebaut werden. Dasselbe gilt für die Verkehrsinfrastruktur: an Spitzentagen ist mit 1'740 Bussen pro Fahrtrichtung zu rechnen. Der Flugverkehr und die Helikopter-Shuttleflüge würden die Kapazitäten des Flugplatzes Samedan sprengen. Dazu kommt, dass zwar zum Beispiel die Anzahl benötigter Sicherheitskräfte ermittelt und die Kosten ungefähr beziffert sind, die Folgen für die Umwelt weitgehend unklar sind. Natur und Klima stehen somit bereits in der Vorbereitungsphase hinten an.

Untragbares Finanzrisiko

Der Bundesrat hat für die Kandidatur und die Austragung der Spiele 30 Millionen Franken plus eine Defizitgarantie von einer Milliarde Franken in Aussicht gestellt. Bereits heute ist klar, dass die Defizitgarantie nicht reichen wird und Abstriche in der Grössenordnung von 300 Millionen Franken gemacht werden müssen. Die Olympischen Spiele 2010 in Vancouver (Kanada) haben es gezeigt: Nach 17 Spieltagen blieben neben schönen Erinnerungen nur Schuldenberge, bankrotte Sportanlagen und eine neue Autobahn zurück. Ähnliche Erfahrungen wurden in den Austragungsorten Turin, Salt Lake City, Nagano oder Lillehammer gemacht: Die Kosten trägt die Allgemeinheit, belasten die öffentlichen Finanzen und säen die Saat für neue Sparprogramme. Die Gewinne dagegen werden privatisiert.

Mangelnde Transparenz

Selbst wenn es gelingt, ein Bewerbungsdossier einzureichen, das allen Kriterien der Nachhaltigkeit genügt, ist keinesfalls gewährleistet, dass dieses umgesetzt wird. Denn die Vertragsverhandlungen mit dem Internationale Olympischen Komitee (IOC) beginnen erst, wenn die Spiele vergeben sind. Das Bewerbungsdossier ist dabei für das IOC nicht verbindlich.

Nachhaltige Prozesse weiterführen

Für eine nachhaltige Entwicklung in den Alpen braucht es keine Olympischen Winterspiele. Im Gegenteil. Die Grünen fordern stattdessen, dass unabhängig von der Olympia-Kandidatur der vom Verein Graubünden 2022 angestossene Prozess „[Nachhaltigkeit – Innovation – Vermächtnis](#)“ unter besonderer Berücksichtigung der Umweltanliegen fortgeführt wird.

Nach dem Ja zur Zweitwohnungsinitiative muss auch die Ablehnung der Olympischen Winterspiele 2022 in der Schweiz als Chance wahrgenommen werden, endlich eine bundesweite Strategie für nachhaltigen Tourismus einzuleiten. Zudem fordern die Grünen ein nationales Nachhaltigkeitskonzept für Grossanlässe, in welchem unter anderem die Nutzung bestehender Infrastrukturen bei Sport-Events priorisiert wird, wie dies etwa bei der Euro 08 der Fall war.

Verabschiedet durch die Delegiertenversammlung in Grenchen am 19. Januar 2013